



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach



4. Dezember 2017

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871-3335

Telefax 0211 871-163335

Sitzung des Innenausschusses am 07.12.2017
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2017
„Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten der Polizei Nordrhein-
Westfalen“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags
übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP 2
„Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten der Polizei Nordrhein-
Westfalen“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 07.12.2017
zu dem Tagesordnungspunkt
„Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten der Polizei
Nordrhein- Westfalen“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2017

Polizeiliche Konzepte zur Reduzierung der Kinder- und Jugendkriminalität umfassen Prävention, Opferschutz und die Vermittlung von Opferhilfe ebenso wie Maßnahmen der Strafverfolgung. Vorrangiges Ziel ist, die Entstehung krimineller Karrieren frühzeitig zu erkennen und ihre Verfestigung zu verhindern.

In den Kreispolizeibehörden (KPB) tragen verschiedene Organisationseinheiten zur Verhütung und Bekämpfung von Jugendkriminalität und zum Jugendschutz bei. Hierzu zählen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung die Jugendsachbearbeitung und das Kriminalkommissariat Kriminalprävention/Opferschutz sowie der Bezirksdienst in der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz.

Gerade der Bezirksdienst ist in seinem Bezirk bzw. Stadtteil Ansprechpartner für die Bevölkerung und somit polizeiliche Kontaktperson für Jugendliche, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Funktion und Aufgaben von „Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten“ sind polizeilich landesweit nicht einheitlich definiert.

Einige KPB setzen, angepasst an die örtliche Sicherheitslage, zusätzlich Polizeibeamtinnen und -beamte in Schulen und an jugendtypischen Orten als Ansprechpartner für Jugendliche, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer ein. Von den KPB werden diese Beamtinnen und Beamte (aus der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz) auch als „Jucops“, „Jugendstraßenpolizisten“ oder „Jugendkontaktbeamte (JuKoB)“ bezeichnet.

Frage: Wie viele Jugendkontaktbeamtinnen und -beamte gibt es derzeit in Nordrhein-Westfalen?

Anlässlich der Inspektion „Kriminalprävention/Opferschutz (KP/O)“ im Jahr 2013 meldeten die KPB Düren, Ennepe-Ruhr-Kreis und Höxter - ohne eine Anzahl zu nennen - den Einsatz sogenannter „Jugendstra-

ßenpolizisten“ und „Jugendkontaktbeamte“. Die KPB Hagen meldete zwei, die KPB Dortmund elf „Jugendkontaktbeamte“.

In einer Abfrage am 06.10.2017 bei den vorgenannten Polizeibehörden meldeten das Polizeipräsidium Hagen zwei „Jugendkontaktbeamte“ und das Polizeipräsidium Dortmund zwölf „Jugendkontaktbeamte“. Die KPB Ennepe-Ruhr-Kreis gab an, seit 2015 keine „Jugendstraßenpolizisten“ mehr einzusetzen. Die KPB Höxter meldete drei und die KPB Düren zwei Stellen, die mit „Jugendkontaktbeamten“ besetzt sind. Weitere Meldungen über „Jugendkontaktbeamtinnen und -beamte“ liegen nicht vor.

Frage: Plant das Ministerium des Innern, die Arbeit der Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten zu stärken?

„Jugendkontaktbeamtinnen und -beamte“ können einen ergänzenden Beitrag zur Prävention von Jugendkriminalität leisten. Sie arbeiten mit den anderen polizeilichen Aufgabenträgern der Prävention von Jugendkriminalität zusammen.

Der Rückgang der Jugendkriminalität in den letzten zehn Jahren ist ein gesamtgesellschaftlicher Erfolg, kann jedoch nicht zwangsläufig auf einzelne Elemente der daran beteiligten Institutionen und Akteure zurückgeführt werden.

Die KPB können durch den Einsatz von „Jugendkontaktbeamtinnen und -beamten“, insbesondere angepasst an die regionale Sicherheits- und Kriminalitätslage, die zielgruppenorientierte Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung von Jugendkriminalität unterstützen. Ob und in welchem Umfang sie dies tun, kann dann z.B. in die Sicherheitsprogramme der KPB einfließen.